

## Große Koalition verabschiedet Nationale Wasserstoffstrategie

Deutschland soll nach dem Willen der großen Koalition beim Thema Wasserstoff weltweit führend werden. Dazu verabschiedete das Bundeskabinett letzte Woche in Berlin die Nationale Wasserstoffstrategie, die Milliarden-Zuschüsse, rechtliche Erleichterungen und konkrete Produktionsziele vorsieht. Neben den laufenden Förderprogrammen soll mit sieben Mrd € erreicht werden, dass sich Wasserstoff am Markt durchsetzt, weitere zwei Mrd sind für internationale Partnerschaften eingeplant.

Im Zentrum steht dabei sogenannter grüner Wasserstoff, der ausschließlich mit erneuerbarer Energie gewonnen wird. Er kann als Basis für Kraft- und Brennstoffe dienen, um etwa in Industrie und Verkehr die Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas abzulösen. Auch Betreiber von Müllverbrennungsanlagen interessieren sich für die Erzeugung von Wasserstoff als Alternative zur Einspeisung des erzeugten Stroms ins öffentliche Netz. Allerdings sei die Umsetzung unter den aktuellen Rahmenbedingungen schwierig, klagten Anlagenbetreiber in der Vergangenheit.

Das soll sich nun ändern. Bereits in dem etwa eine Woche zuvor verabschiedeten Konjunkturpaket spielte Wasserstoff eine Rolle. Nun kommt die seit längerem angekündigte Nationale Wasserstoffstrategie, wenn auch mit einem guten halben Jahr Verspätung. „Wir wollen bei den neuen Wasserstoff-Technologien hin zu grünem Wasserstoff weltweit führend sein, als Ausrüster für die Welt, aber auch als Produzenten“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).

Bis 2030 sollen in einem ersten Schritt Erzeugungsanlagen für Wasserstoff von bis zu fünf Gigawatt (GW) Gesamtleistung in Deutschland entstehen. Ein Nationaler Wasserstoffrat soll die Politik in Zukunft beraten, zudem soll es einen Innovationsbeauftragten beim Bund geben. Forschungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte, um weltweit an die Spitze zu kommen, brauche es noch „jede Menge Forschung und Entwicklung“. Vieles könne man in kleinem Maßstab, jetzt gelte es, die Technologien im großen Maßstab in die Praxisanwendung zu bringen.

Für die Wasserstoff-Produktion braucht man sehr viel Energie. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) mahnte, wer Ja zu Wasserstoff sage, müsse auch Ja zum Ausbau der Windenergie sagen. Die Bundesregierung geht allerdings davon aus, dass ein großer Teil der benötigten Wasserstoff-Menge auf absehbare Zeit importiert werden wird. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) unterzeichnete letzte Woche eine Vereinbarung mit der marokkanischen Regierung zum Aufbau einer ersten industriellen Wasserstoff-Produktionsanlage in dem Land. (dpa/eigener Bericht) □

## Hamburg

## Neue Regierung setzt verstärkt auf Mehrwegsysteme

Die neue hamburgische Landesregierung will verstärkt auf Initiativen zur Vermeidung von Verpackungsmüll wie Unverpackt-Angebote oder Mehrwegsysteme setzen. Dies sei notwendig, da das Aufkommen von Einwegverpackungen weiter anwächst und damit einhergehend eine aufwendige und kostenintensive Entsorgung verbunden sei, heißt es im gemeinsamen Koalitionsvertrag von SPD und Grünen.

Die Koalitionspartner wollen unter anderem, basierend auf den Erfahrungen des Mehrweg-Pfandsystems für Coffee-to-go-Becher „Recup“, weitere Pilotprojekte auf den Weg bringen, um langfristig Mehrwegsysteme auch in den Bereichen Großmarkt, Take-Away-Essen sowie bei der Online-Warenbestellung zu entwickeln und zu etablieren. Dabei werde die neue Landesregierung überprüfen, ob mit einer verursachergerechten Kostenverteilung eine Stärkung von Mehrwegangeboten erreicht werden kann.

Außerdem strebt die neue Landesregierung Vereinbarungen mit großen Einzelhandelsunternehmen an, um ein einheitliches Label für die Möglichkeit eines verpackungsfreien Einkaufs einzuführen. Hierfür möchten die Koalitionspartner auch bereits anderswo erprobte Konzepte evaluieren. Direkte Beispiele nennen sie hierfür nicht.

Als weiteren wichtigen Punkt will die neue Landesregierung die Recyclingquote langfristig steigern. Ein zentraler Aspekt des nachhaltigen Wirtschaftens bestehe darin, Produkte so zu gestalten, dass diese repariert werden können. Die Hansestadt setzt sich aus diesem Grund selber die Vorgabe, verstärkt Produkte zu erwerben, die reparaturfähig sind. Zudem wollen sich die

Koalitionspartner dafür einsetzen, dass dieses Thema insbesondere auf Bundes- und Europaebene weiter konsequent verfolgt wird, heißt es im Koalitionsvertrag.

### Selbstverpflichtung zum verstärkten Einsatz von Recyclingbaustoffen

Darüber hinaus will die neue Landesregierung in Form einer Selbstverpflichtung für die Stadt inklusive aller städtischen Unternehmen bei Bauvorhaben verstärkt Recycling- oder Sekundärrohstoffe einsetzen. Dies erfordere die ständig wachsende Menge an Bauabfällen, die somit in stärkerem Umfang einer erneuten Nutzung als Recycling- oder Sekundärbaustoffe zugeführt werden könnten, heißt es im Koalitionsvertrag. Nach einer praktischen Erprobungsphase soll diese Pflicht laut Koalitionsvertrag auch auf private Dritte ausgeweitet werden.

Die neue hamburgische Landesregierung will die bereits bestehenden Maßnahmen zur Verhinderung von illegalen Exporten von Elektroschrott mit den benachbarten Ländern sowie dem Bund fortsetzen. Des Weiteren wollen die Koalitionspartner mit der Grundstoffindustrie und Entsorgungsunternehmen Maßnahmen entwickeln, um die stoffliche Verwertung von Kunststoffabfällen zu verbessern. Auf Bundesebene setzt sich Hamburg für ein Exportverbot von Plastikmüll ein.

Senator für Umwelt in der Hansestadt ist auch in der neuen Legislaturperiode Jens Kerstan. Der 54-jährige Grünen-Politiker bekleidet das Amt bereits seit 2015. Zuvor war Kerstan sieben Jahre lang Vorsitzender der Grünen-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. □

## Grüne vermissen Recycling im Konjunkturpaket

Die Grünen kritisieren die Bundesregierung dafür, dass im jüngsten Konjunkturpaket die Förderung der Abfallwirtschaft quasi keine Rolle spielt. „Es ist eine verpasste Chance, dass die Förderung von Müllvermeidung, Kreislaufwirtschaft und Recycling im jüngsten Konjunkturpaket der Bundesregierung nicht vorkommen“, erklärte Bettina Hoffmann in der vergangenen Woche. Konkret plädiert die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag für die Förderung von Mehrweglösungen – etwa für Essens- und Versandverpackungen. Außerdem sollte das Pfandsystem verbraucherfreundlicher gemacht werden.

Die Bundesregierung will rund 130 Mio € in die Hand nehmen, um der Dynamik des Abschwungs in Folge der Coronavirus-Pandemie etwas entgegenzusetzen. Man wolle mit „Wumms“ aus der Kri-

se, hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erklärt. Recycling spielt in Ansätzen maximal im Rahmen der mit dem Konjunkturpaket kurzfristig angekündigten Nationalen Wasserstoffstrategie eine Rolle. Außerdem will die Bundesregierung eine Nachfragequote nach klimafreundlichem Stahl prüfen.

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) hatte das Paket in einer ersten Stellungnahme als ein „unvollständiges Programm“ bezeichnet und Nachbesserungen insbesondere bei der Ressourceneffizienz gefordert (EUWID 24/2020). „Mit dem vorliegenden Paket verpasst die Politik mehr Chancen als sie wahrnimmt“, erklärte Peter Kurth. Aus Sicht des BDE setzt das Paket die falschen Prioritäten. „Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Recycling – all diese Begriffe werden weder genannt noch in ihren Potenzialen verstanden und gefördert“, kritisierte der Verbandspräsident weiter. □